

## Unsere Stellungnahme zu den GRÜNEN

### netzwerkB fordert personelle Konsequenzen bei den GRÜNEN - Schluss mit der Vertuschung

Volker Beck, Daniel Cohn-Bendit und andere waren Akteure in der Verharmlosung und Ideologisierung von Pädosexualität, die sich mindestens über einen Zeitraum von 1969 bis 1988 über mehr als 30 Jahre erstreckte und seitdem von den Grünen bis heute vertuscht wird. Solche Personen drängen sich auch heute noch in die Prominenz.

Wir Opfer haben unser Leben lang mit den gesundheitlichen Folgen unserer Gewalterfahrung zu kämpfen. Die äußerlich nicht sichtbaren Gesundheitsschäden – die Folgen lebenslanger Traumatisierungen bei sexualisierter Gewalt – werden bis heute nicht ausreichend anerkannt. Die Grünen haben es ebenso mitzuverantworten, dass das heutige Strafgesetzbuch im Bereich von sexualisierter Gewalt extrem unzulänglich ist und mehr Täterschutz als Opferschutz beinhaltet.

Die Schreibtischtäter von damals streben auch heute noch nach Ämtern und öffentlicher Anerkennung. Für uns als Opfer ist das unerträglich.

### Ideologisierung von Pädosexualität

Bereits 1969 begannen Pädosexuelle, ihre Interessen und Taten zu idealisieren und ideologisieren.

Im „Kursbuch 17“ aus dem Jahre 1969, Suhrkamp-Verlag, warben die Linksanarchisten Hans-Eberhard Schulz und Eike Hemmer aus der Kommune 2 offen für pädosexuelle Handlungen. Schulz beschreibt darin unter anderem seitenlang sexuelle Streichelspiele mit der vierjährigen Tochter von Dieter Kunzelmann. Heute ist er als Anwalt angesehen und bezeichnet sich im linken Milieu als "Menschenrechtsanwalt".

Als Kind erfuhr die Berliner Schriftstellerin Sophie Dannenberg im Jahre 1975 sexuelle Übergriffe ihrer Eltern und anderer Kinderladen-Aktivisten in Gießen. Sie schreibt: "Einige von uns Kindern wurden sexuell missbraucht". Nach ihren Erfahrungen galt den Tätern der sexuelle Tabubruch als "revolutionäre Pflicht" und legitime Herausforderung von angeblich reaktionären bürgerlichen Moralvorstellungen.

Über Cohn-Bendits Rechtfertigung, sein pädosexueller Text in der Zeitschrift „Der Große Basar“ von 1975 von damals sei als „Provokation“ gemeint gewesen, sagt Sophie Dannenberg: "Für dieses Milieu war das doch damals gar keine Provokation. Eine Provokation wäre es damals in diesen Kreisen gewesen zu sagen: diese Schweinerei mache ich nicht mit." Sophie Dannenberg sagt auch, der Text von Cohn-Bendit habe viele Täter ermutigt.

## Ideologisierung bei den GRÜNEN

Auf dem Gründungsparteitag der GRÜNEN, 1980, wurde für die Legalisierung sexueller Beziehungen zu Minderjährigen geworben. Zu diesem Zeitpunkt waren Pädosexuelle dort etabliert und anerkannt.

Über Hermann Meer, ab 1980 Vorstandsmitglied der GRÜNEN in NRW, berichtet ein Opfer, dass er von ihm als Junge missbraucht wurde: "Es wurde geblasen, gewichst, gestreichelt. Gegenseitig." Ein Leidensgefährte berichtet: "Meer trug seine Pädophilie offen zur Schau. Da wurde kein Geheimnis draus, sondern vielmehr Werbung für gemacht. Auch die griechischen Philosophen hätten ihre Lustknaben und mit ihren Schülern sexuellen Umgang gehabt." [Q1]

Zu den weiteren pädosexuellen Akteuren im Umfeld der GRÜNEN zählte der Berliner Dieter F. Ullmann. Er war bei der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) in West-Berlin aktiv, zu der von Anfang an auch die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland, Renate Künast und Hans-Christian Ströbele gehörten. Ullmann wurde nach Informationen des SPIEGEL mindestens sechsmal wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilt und saß ab 1980 mehrfach im Gefängnis. Obwohl die GRÜNEN dies auch wussten, war Ullmann von 1985 bis 1987 sogar Koordinator der GRÜNEN Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle (kurz BAG SchwuP) und forderte den freien Sex zwischen Erwachsenen und Kindern. Auf Ullmann angesprochen, erklärte Volker Beck heute gegenüber dem Spiegel, er erinnere sich nur noch vage an "einen aus der Pädö-Gruppe".

1983 forderte die grüne Bundestagsfraktion die Freilassung des mehrfach wegen Kindesmissbrauchs verurteilten und damals inhaftierten Schriftstellers Peter Schult. Angestoßen wurde die Resolution vom späteren GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Herbert Rusche; zu den Unterstützern gehörte Hans-Christian Ströbele.

Die Forderung der Pädosexuellen, Sex mit Kindern zu "legalisieren" galt 1984 als legitime Forderung im Rahmen des Arbeitskreises "Recht und Gesellschaft". Am 10. März 1985 nahm der Parteitag der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen das Arbeitspapier "Sexualität und Herrschaft" in das Programm auf. "Liebevollte Beziehungen" sollten straffrei bleiben. [Q2]

Mit Gesetzesentwurf vom 4. Februar 1985 beantragten die GRÜNEN im Bundestag die ersatzlose Streichung der Strafrechtsparagrafen 175 und 182, da diese Bestimmungen „die einvernehmliche sexuellen Kontakte mit Minderjährigen unter Strafe stellen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit behindern“. Mit „bürgerlichen Moralvorstellungen“, so die Begründung des Antrags müsse Schluss sein. [Q3]

Auf dem Parteitag in Lüdenscheid am 10. März 1985 schrieben die Grünen in NRW die Forderung in ihr Programm: "gewaltfreie Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen dürfe nicht länger strafrechtlich verfolgt werden". Die Gesellschaft müsse sich von allen Restriktionen befreien.

Der Landesvorstand der GRÜNEN in Baden-Württemberg erklärte am 25. März 1985, der

Straftatbestand der Verführung von minderjährigen Mädchen zum Beischlaf sei moralisierend, weil er ein "antiquiertes frauenfeindliches Bild der Jungfräulichkeit" schütze.

Der Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ der GRÜNEN in Baden-Württemberg verkündete im April 1985: „Da Kinder Menschen sind, hat niemand das Recht, sich unter welchem Vorwand auch immer über ihre Rechte auf Selbstbestimmung und persönliches Glück hinwegzusetzen.“

Heute behaupten Katja Dörner, die kinder- und familienpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Bundestag, als auch Volker Beck, Erster Parlamentarische Geschäftsführer ihrer Bundestagfraktion, es habe zur Legalisierung der Pädophilie zwar unsägliche Debatten, aber „nie Beschlüsse“ gegeben. [Q4] Das halten wir für eine Lüge.

### **Daniel Cohn-Bendit**

Daniel Cohn-Bendit bewarb über viele Jahre hinweg pädosexuelle Handlungen. Er schrieb 1975 in "Der große Basar" über seine Zeit als Kinderbetreuer im Kinderladen der Universität Frankfurt zwischen 1972 und 1974 (Daniel Cohn-Bendit: Der große Basar. Gespräche mit Michel Lévy, Jean-Marc Salmon, Maren Sell. München 1975, S. 140-147.):

"Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen. (...) Es ist mir mehrmals passiert, dass einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. (...) Wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt."

Im „Pflasterstrand“, herausgegeben von Cohn-Bendit, erschien 1978 (Pflasterstrand Nr. 21, 1978, S. 42.):

"Letztes Jahr hat mich ein 6jähriges Genossenmädchen verführt. Es war eines der schönsten und sprachlosesten Erlebnisse, die ich je hatte. Vielleicht war es so schön, weil es so sprachlos war. Es war das einzige Mal, wo es mir nicht zu früh kam. Aber das war nicht wichtig in dem Moment, und es ist auch jetzt nicht wichtig, ein Traktat über das Für und Wider von Päderastie zu schreiben."

Im "Pflasterstrand" von Cohn-Bendit wurde 1980 als "Meldung zum Jahr des Kindes" herausgegeben (Pflasterstrand Nr. 71, Januar 1980, S. 3):

"Vorbei. Das Jahr des Kindes. Endlich. Jetzt sind sie wieder zum Abschluß freigegeben (...) Für alle Altersstufen von Mai bis Juni (Regenerationszeit), für ein- bis dreijährige gilt die Schonzeit während der ganzen ersten Jahreshälfte (...) Das zulässige Höchstabschussalter wurde im Vergleich zu den Vorjahren (vor dem Jahr des Kindes) um zwei Jahre auf vierzehn Jahre gesenkt."

Daniel Cohn-Bendit sympathisierte im April 1981 ungeniert offen für Ullmann in Kenntnis von dessen Verurteilung (Die Zeit, 17. April 1981):

"Dann kommt Dieter Ullmann, der jetzt noch im Knast sitzt, in das Berliner

Abgeordnetenhaus. (...) Den machen wir zum Bundestagskandidaten. (...) Mal sehen, ob die CDU das bei dem Knacki (...) mitmacht."

Daniel Cohn-Bendit schwärmte in der Talkshow "Apostrophes 2" am 23. April 1982:

"Bei den ganz Kleinen ist es etwas anderes, aber bei den Vier- bis Sechsjährigen, wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, sie ausziehen, ist das großartig. Es ist großartig, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel." [Q5]

Der Presse wurde 2001 die entlastende Aussage einer Mutter übergeben, dass sich Cohn-Bendit niemals an Kindern vergangen habe. Die besagte Mutter, Thea Vogel, räumte auf Nachfragen von kritischen Journalisten der FAZ erst im April 2013 ein:

„Mein Sohn war damals nicht in der Universitäts-Kita, um die es in dem Buch ging, sondern in der Krabbelstube im Haus der Freien Schule“.

Sie sagte, sie sei eben nur empört gewesen über die Diskreditierung von Cohn-Bendit. [Q6] Das Lügen und Vertuschen in der Politik geht also weiter. Cohn-Bendits Akten wurden für weitere Aufklärungsversuche gesperrt.

Heute ist Cohn-Bendit Vorsitzender der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament.

## **Volker Beck**

Auch Volker Beck setzte sich für die Straffreiheit von pädosexueller Handlungen ein. Beck verfasste den Beitrag „Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik“ welcher im Sammelwerk „Der pädosexuelle Komplex“ (Joachim S. Hohmann (Hrsg.), Verlag Foerster, Berlin, 1988, ISBN 3-922257-66-6) erschien. Beck setzte sich leidenschaftlich für eine Entkriminalisierung von Bereichen der Pädosexualität ein. Unter anderem hat er geschrieben:

„Allerdings hat der Sonderausschuss (...) sich wider besseres Sachverständigenwissen für eine generelle Strafbarkeit der Sexualität mit Kindern entschieden.“

„Lässt man sich aber auf eine Strafrechtspolitik unter diesen Leitsätzen ein, ist es die Aufgabe der sexual-emanzipatorischen Bewegung, nachzuweisen, dass es bei gewaltlosen sexuellen Kontakten zwischen Personen über 19 und unter 14 Jahren, sogenannte Erwachsene mit Kindern, zu keinen Schädigungen der sexuellen Entwicklung des Kindes kommt oder kommen muss bzw. das Strafrecht kein geeignetes Mittel ist, um einen eventuellen Schaden von dem Kind abzuwehren.“

„Allein eine Mobilisierung der Schwulenbewegung für die rechtlich gesehen im Gegensatz zur Pädosexualität völlig unproblematische Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität durch die Streichung des § 175 StGB und für die Rechte der Homosexuellen wird das Zementieren eines sexualrepressiven Klimas verhindern können – eine Voraussetzung, um eines Tages den Kampf für die zumindest teilweise Entkriminalisierung der Pädosexualität aufnehmen zu können.“

„Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich, nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird.“

„Auch wenn das Strafrecht als Ultima Ratio hier nicht das geeignete Mittel ist, muss zumindest eine Antwort auf den von den Feministinnen artikulierten Schutzbedarf des Kindes, insbesondere des Mädchens, gefunden werden. Bevor dies nicht möglich ist, wird ein unaufrichtiges Kinderbild, das die uneingeschränkte Fähigkeit zu einvernehmlicher Sexualität (auch für das Kleinkind?) einschliesst, einem mythischen Kinderbild gegenüberstehen, das von einer generellen Unfähigkeit zu sexueller Selbstbestimmung einer generellen Traumatisierung durch sexuelle Erlebnisse beim vorpubertären Menschen ausgeht. Auf beiden Seiten Irrationalität, auf beiden Seiten Schielen auf Populismus statt sachgerechter Auseinandersetzung.“

Beck habe damals gegen die unautorisierte Veröffentlichung protestiert, doch gehen konkrete Angaben darüber anscheinend in Erinnerungslücken unter.

Zu den Fehlschlägen von Beck und den GRÜNEN zählt auch die Liberalisierung der Prostitution, die von der rot-grünen Bundesregierung 2001 durchgesetzt wurde. Ignoriert wurde von den GRÜNEN der Hintergrund vieler Prostituiertes. Laut internationalen Studien sind bis zu 73 % der Prostituierten in ihrer Kindheit Opfer von sexualisierter Gewalt gewesen. [Q7] Aufgrund von Amnesien kann der Anteil sogar noch höher sein.

Kaum 5 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes stellte das Familienministerium fest, die Liberalisierung habe „keine messbare tatsächliche Verbesserung der sozialen Absicherung von Prostituierten bewirken können“. Der Spiegel berichtete am 27. Mai 2013: „Inzwischen sind viele Polizisten, Frauenorganisationen und Politiker, die Prostitution aus der Nähe kennen, überzeugt: Das gutgemeinte Gesetz ist ein Förderprogramm für Zuhälter und macht den Markt für Menschenhändler attraktiver.“ Zudem ist vollkommen klar, dass schlechter gegen „Kinderprostitution“ vorgegangen werden kann, wenn die Prostitution von Erwachsenen immer mehr legalisiert wird.

Volker Beck ist dennoch der festen Überzeugung: "Mit sexuellen Dienstleistungen verdient Geld ist ehrlich verdient Geld." [Q8]

Volker Beck ist bis heute menschenrechtspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion und repräsentiert einen verfehlten Kinderschutz und einen verfehlten Schutz vor sexueller Ausbeutung.

## **Jerzy Montag**

Der GRÜNEN Jerzy Montag setzt sich vehement gegen die Verschärfung des Straftatbestands des sexuellen Missbrauchs und gegen die Aufhebung der Verjährungsfristen ein. Montag argumentiert mit sexueller Selbstbestimmung und sogenannter „Einvernehmlichkeit“.

Montag lässt selbstverständlich außer Acht, dass zum Beispiel zwischen einem 32-jährigen Lehrer und einer 14-jährigen Schülerin ein Machtgefälle besteht. Auch die

Argumentationskeule „prüde Sexualmoral“ darf in Montags Aktionismus nicht fehlen.  
[Q9]

Jerzy Montag ist bis heute rechtspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion.

### **Claudia Roth und Co.**

Wir brauchten uns nicht zu wundern, dass sich Claudia Roth und andere Politiker im Jahre 2012 auch lautstark für genitale Gewalt an Säuglingen und Kindern einsetzten, nämlich für eine Beschneidung ohne Betäubung gegen die Schmerzen und das auch nicht durch ärztliche Hand.

Zu den Abgeordneten der GRÜNEN, die einen solchen Eingriff ohne Narkose bei Säuglingen bis zu einem Lebensalter von 14 Tagen rechtfertigten, zählten Cornelia Behm, Claudia Roth, Katrin Göring-Eckardt, Konstantin von Notz, Marieluise Beck, Kerstin Müller, Josef Winkler, Tom Koenigs, Sven-Christian Kindler, Kerstin Andreae, Hermann Ott und Lisa Paus.

Auch Volker Beck und Jerzy Montag traten vehement für ein Nicht-Recht von Säuglingen an ihrer Vorhaut an.

Das Ergebnis einer solchen Politik, das Beschneidungsgesetz, wird in sämtlichen wichtigen juristischen Standardkommentaren inzwischen als ein Debakel angesehen. Dennoch treten Roth und Beck als Spitzenkandidaten an.

### **Aufarbeitung?**

Wir entnehmen der Presse, dass die Akten aus der schlimmsten Zeit von Cohn-Bendit gesperrt sind: eine ehrliche Aufarbeitung findet hier also genausowenig statt wie bei dem Projekt der Deutschen Bischofskonferenz mit Herrn Prof. Dr. Christian Pfeiffer.

Wir waren auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN am 17. November 2012 und stellten fest, dass die GRÜNEN nicht gesprächsbereit sind. Stattdessen schlugen uns Verachtung und Gelächter entgegen. [Q10]

### **Unsere Schlussfolgerungen**

Wir als Betroffene von sexualisierter Gewalt haben unser Leben lang mit den gesundheitlichen Folgen zu kämpfen. Wir glauben nicht daran, dass die angebliche Aufarbeitung der GRÜNEN zu irgendwelchen Konsequenzen führt.

Von unserem Standpunkt als Betroffene sagen wir: Ein Schutz von Minderjährigen vor sexualisierter Gewalt ist mit solchen Politikern nicht möglich. Solche Politiker sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Wir Opfer fühlen uns nicht von Apologeten vertreten, die jahrzehntlang den pädokriminellen Sumpf mitgetragen und sogar unterstützt haben, um in ihrer Karriere weiterzukommen oder ihren Freunden ein pädokriminellen Freiraum zu ermöglichen.

Wir erwarten vom reformbereiten Teil der GRÜNEN nicht nur personelle Veränderungen, sondern eine Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen der Opfer auf gleicher Augenhöhe und eine Unterstützung bei folgenden notwendigen Veränderungen:

- Anpassung des Strafrahmens für Sexualstraftaten. Der gesundheitliche Schaden ist endlich anzuerkennen. Insbesondere dürfen die gleichen Delikte bei Kindern nicht weniger bestraft werden als an Erwachsenen verübt.
- Aufhebung der strafrechtlichen Verjährungsfristen bei sexualisierter Gewalt und anderen Formen von interpersoneller Gewalt bei schweren Delikten.
- Dringend benötigt wird eine Anzeigepflicht für sexualisierte Gewalt sowie für sonstige Gewalt gegen Kinder, damit Vorgesetzte und andere Beteiligte sich nicht mehr der Verantwortung entziehen können wie es bisher der Fall ist (Fallbeispiel Charité).
- Eine Reform des Schadenersatzsystems für gesundheitlich Betroffene von interpersoneller Gewalt für angemessene Entschädigung. Die Betroffenen müssen mehr als ein Almosen erhalten. Zudem dürfen die Folgekosten nicht allein auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.
- Eine Aufhebung der zivilrechtlichen Fristen ist überfällig, denn die Opfer leiden lebenslang und haben einen moralischen und dringenden Anspruch auf Anerkennung und wirtschaftlicheren Ausgleich.
- Die Opfer und ihre Vertreter benötigen mehr Rechte für die Einsicht in Akten, darunter auch Kirchenakten usw.
- Es bedarf mehr finanzieller und organisatorischer Unterstützung für die Einrichtung und den Betrieb von Schutzhäusern für Frauen und Kinder, aber auch für männliche Opfer, sowie auch für ganze hilfeschende Familien, die dem Gewaltkreislauf entrinnen wollen.
- Es bedarf weiterer Anpassungen im Detail. So darf es nicht sein, dass ein Täter vor Gericht straffrei bleibt, weil das minderjährige Opfer bei einer Vergewaltigung vor Angst keinen Widerstand leisten und auch nicht schreien konnte, oder bei einem Lehrer die Schutzbefohlenheit in einer Vertretungsklasse nicht greife.
- Auch das Beschneidungsgesetz ist aufzuheben, unter anderem wird es weder von den medizinischen Fachgesellschaften noch von den Juristen unterstützt. Wir halten jede an einem Minderjährigen durchgeführte, medizinisch nicht-indizierte Entfernung von Teilen der Geschlechtsorgane für ein Verbrechen.
- Der Kinderschutz ist als eigenständiger Zweck für gemeinnützige Arbeit in die Abgabenordnung aufzunehmen, damit dieser als bürgerschaftliches Engagement endlich unmittelbar anerkannt wird.

Die GRÜNEN müssen sich an ihren Worten und an ihren Taten messen lassen. Sie haben es selbst in der Hand, wie dieses Urteil am Ende aus Sicht der Opfer aussehen wird.

## Verweise

[Q1] <http://www.welt.de/politik/deutschland/article118234356/Der-alltaegliche-Missbrauch-in-einer-gruenen-Kommune.html>

[Q2] <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruene-ein-triumph-der-paederasten->

12187528.html

[Q3] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/10/028/1002832.pdf>

[Q4] <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruene-ein-triumph-der-paederasten-12187528.html>

[Q5] <http://www.youtube.com/watch?v=M0qvkg2nzc8&list=PL83D90EA3BFA218BD>

[Q6] <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/daniel-cohn-bendit-in-der-defensive-eine-ehrung-voller-entschuldigungen-12157282.html>

[Q7] Ingo Schäfer: Trauma und Sucht. Konzepte – Diagnostik – Behandlung. 2006, Seite 37

[Q8] <http://www.volkerbeck.de/artikel/120915-prostitutionsgesetz-weiterentwickeln-statt-verschaerfen/>

[Q9] <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Jerzy-Montag-ueber-den-Straftatsbestand-des-sexuellen-Missbrauchs-709030768>

[Q10] <http://youtu.be/OPpliHTdR7U>

Für Rückfragen:

netzwerkB - Netzwerk Betroffener von sexualisierter Gewalt e.V.

Norbert Denef, Vorsitzender

Postanschrift: Schulstr. 2 B, 23683 Scharbeutz

Telefon: +49 (0)4503 892782 Mobil: +49 (0)163 1625091

Fax: +49 (0)4503892783

info@netzwerkB.org www.netzwerkB.org <http://twitter.com/netzwerkB>

Bankverbindung: Sparkasse Holstein

Girokonto-Nr.: 135855153

Bankleitzahl: 21352240

IBAN: DE97 2135 2240 0135 8551 53

SWIFT-BIC: NOLADE21HOL

Vereinsregisternummer: AG Lübeck Nr. VR3272HL